



DER ERNST DER LAGE

Ihr Bundestagsabgeordneter Bastian Ernst informiert

Newsletter, Ausgabe Februar 2026



Liebe Leserinnen und Leser,

das neue Jahr hat für mich besonders bewegend begonnen – mit einer Delegationsreise in die Ukraine, gefolgt von Schulbesuchen im Wahlkreis und vielen spannenden Begegnungen. Gleichzeitig haben mich zahlreiche Rückmeldungen auf meine Newsletter-Umfrage erreicht, die mir zeigen, welche Themen Ihnen besonders am Herzen liegen. Und in Berlin konnte ich bei einem wichtigen sicherheitspolitischen Projekt – der Stärkung unserer Marine und der U-Boot-Abwehr – entscheidende Weichen stellen.

Delegationsreise in die Ukraine

Anfang des Jahres war ich gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen zu politischen Gesprächen in der Ukraine unterwegs – mit Stationen in Lwiw und Kiew. Bereits die Anreise machte deutlich, in welcher Ausnahmesituation sich das Land befindet: Nach einem langen Zugweg über die Grenze erreichten wir in den Abendstunden den Zielbahnhof. Dieser war nahezu verlassen, hinterließ jedoch durch seine historische Architektur einen eindrucksvollen, zugleich stillen Eindruck.

Die Nächte in Kiew waren durch wiederkehrende Luftalarme geprägt. Oft heulten die Sirenen über Stunden, sodass wir aus Sicherheitsgründen im Badezimmer schlafen mussten. Auch tagsüber war der



Alltag von der Kontingentierung der Energieversorgung bestimmt: Strom gab es oft nur für wenige Stunden, dann lagen ganze Straßenzüge wieder im Dunkeln.



Foto: Besuch des Marsfelds in Lwiw

Besonders eindrücklich war der Besuch des Marsfeldes in Lwiw, wo zahlreiche gefallene Soldatinnen und Soldaten beigesetzt sind; am Grab eines 18-jährigen Gefallenen haben wir eine Kerze niedergelegt. Tief beeindruckt hat mich auch das UNBROKEN-Rehabilitationszentrum, in dem medizinische, psychologische und soziale Betreuung eng verzahnt zusammenwirken und deutlich wird, wie ernsthaft die Ukraine sich um die bestmögliche Unterstützung verwundeter Soldaten bemüht.

In Kiew standen zahlreiche hochrangige Gespräche auf dem Programm – unter anderem mit Abgeordneten der Werchowna Rada, Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft, Mitgliedern des Verteidigungsausschusses sowie dem Bürgermeister von Kiew, Vitali Klitschko.

Die Dienstreise hat eindrücklich verdeutlicht, dass sich die Ukraine trotz des anhaltenden russischen Angriffskrieges als handlungsfähiger, reformorientierter und europäisch ausgerichteter Staat präsentiert. Auf allen politischen Ebenen – von der kommunalen Verwaltung über das Parlament bis hin zur Regierung – war ein hohes Maß an Professionalität, Kooperationsbereitschaft und strategischer Klarheit erkennbar.

Zugleich wurde in allen Gesprächen unmissverständlich deutlich, dass die Ukraine entschlossen ist, sich weiterhin gegen den russischen Angriff zu verteidigen. Diese Verteidigungsfähigkeit kann jedoch langfristig nur mit fortgesetzter und verlässlicher Unterstützung durch ihre Partner aufrechterhalten werden. Deutschland wird dabei von ukrainischer Seite als der wichtigste und verlässlichste Partner wahrgenommen – sowohl politisch als auch militärisch und wirtschaftlich. Diese besondere Rolle geht mit einer entsprechenden Verantwortung einher.

Ein zentraler Schwerpunkt der Gespräche war die weitere militärische Unterstützung. Als besonders dringlich wurde der Ausbau der Luftverteidigung benannt. Neben der Lieferung zusätzlicher Systeme ist aus ukrainischer Sicht auch eine stärkere Einbindung der westlichen Ukraine in die Luftverteidigungsarchitektur der NATO-Staaten notwendig, insbesondere durch eine technische und operative Integration mit bestehenden Systemen in Polen. Dies würde den Schutz kritischer ziviler Infrastruktur und der Bevölkerung erheblich verbessern.

Darüber hinaus wurde der Bedarf an sogenannten Deep-Strike-Fähigkeiten hervorgehoben. Systeme wie der Taurus-Marschflugkörper werden von ukrainischer Seite als notwendiges Mittel zur wirksamen



Selbstverteidigung betrachtet, da sie die einzige Möglichkeit darstellen, militärische Infrastruktur und Nachschubwege des Angreifers in der Tiefe zu treffen und so weitere Angriffe auf die Zivilbevölkerung zu verhindern.

Ein weiterer wesentlicher Punkt ist die finanzielle Unterstützung zur Ausweitung der ukrainischen Drohnenproduktion. Die Ukraine hat in diesem Bereich in kurzer Zeit erhebliche technologische Fähigkeiten aufgebaut. Eine gezielte finanzielle Förderung würde nicht nur die eigene Verteidigungsfähigkeit stärken, sondern auch zu einer effizienteren und nachhaltigeren Nutzung internationaler Unterstützungsleistungen beitragen.



Foto: Treffen dem Bürgermeister von Kiew, Vitali Klitschko

Insgesamt bestätigt die Reise, dass die Ukraine nicht nur militärisch, sondern auch politisch und gesellschaftlich entschlossen ist, ihre staatliche Souveränität, demokratischen Strukturen und ihre europäische Perspektive zu verteidigen. Eine verlässliche, langfristige und substanzielle Unterstützung durch Deutschland bleibt daher ein zentraler Baustein für Sicherheit, Stabilität, Wiederaufbau und die zukünftige Integration der Ukraine in die europäische Gemeinschaft.

Die Reise machte zudem unmissverständlich deutlich, dass Russland gezielt die Vernichtung der Ukraine als Staat und Gesellschaft vorantreibt. Die massiven und wiederholten Angriffe auf die zivile Infrastruktur – insbesondere auf Energie-, Heiz- und Wasserversorgung – dienen erkennbar nicht militärischen Zwecken, sondern zielen auf die systematische Schwächung der Zivilbevölkerung. Der Tod von Frauen, Kindern und älteren Menschen wird dabei bewusst in Kauf genommen und durch Angriffe in der Winterzeit sowie durch die Zerstörung lebensnotwendiger Infrastruktur gezielt verschärft. Diese Form der Kriegsführung stellt einen eklatanten Bruch des humanitären Völkerrechts dar und



unterstreicht den Charakter des russischen Vorgehens als gezielten Angriff auf das zivile Leben und die staatliche Existenz der Ukraine.

Startschuss für neue Fregatte zur U-Boot-Jagd gefallen



Foto: (Ein Dahmer) Fregatte Al-Aziz bei der magnetischen Vermessung an der Wilhelmshavener Wiesbadenbrücke
Lizenz: [File:AL-AZIZ 2651.jpg - Wikimedia Commons](#)

Am 3. Februar wurde ein Vorvertrag mit TKMS für das Fregatten-Projekt MEKO A200 unterzeichnet. Damit soll sichergestellt werden, dass das erste Schiff bis Ende 2029 geliefert werden kann – ein Lieferdatum, das wir mit der Fregatte F126 höchstwahrscheinlich nicht mehr erreichen können. Die MEKO A200 ist mit 4000t ein kleineres Schiff als die F126 mit ihren 10.000t und von ihren Funktionen her auch etwas eingeschränkt. Beispielsweise kann auf der MEKO A200 nur ein Hubschrauber landen, auf der F126 wäre Platz für zwei Hubschrauber. Trotzdem sage ich hier: Lieber der Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach. Deutschland hat sich gegenüber der NATO verpflichtet, durchgehend vier U-Boot-Jagd-Fregatten verfügbar zu halten. Mit der MEKO A200 könnten wir dieses Ziel am schnellsten und sichersten erreichen. Denn die Zukunft des ambitionierten F126-Projekts ist weiterhin ungewiss.

Bereits in der Ausgabe Oktober 2025 dieses Newsletters hatte ich über die Probleme und erheblichen Verzögerungen bei der Fregatte 126 berichtet. Damals hatten wir einen sogenannten Sperrvermerk für die Fregatte 126 in den Haushalt 2025 geschrieben, damit das Verteidigungsministerium endlich auf die Verzögerungen bei der Fregatte 126 reagiert und dem Bundestag seine neuen Pläne vorlegt. Hinter den Kulissen ging das Ringen um die beste Lösung zwischen Bundestag und Verteidigungsministerium seitdem weiter: Den Sperrvermerk aus dem Haushalt 2025 haben wir seitdem auch in den Haushalt 2026 geschrieben, um bei der Fregatte 126 nicht locker zu lassen. Zusätzlich haben wir einen neuen